SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Sicherheits- und integrationspolitische Debatten in Mitteleuropa: aus polnischen, tschechischen und slowakischen Fachzeitschriften, 1.Halbjahr 2002

Lang, Kai-Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Lang, K.-O. (2002). *Sicherheits- und integrationspolitische Debatten in Mitteleuropa: aus polnischen, tschechischen und slowakischen Fachzeitschriften, 1.Halbjahr 2002.* (SWP-Zeitschriftenschau, 07/2002). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-365293

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Zeitschriftenschau

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Sicherheits- und integrationspolitische Debatten in Mitteleuropa

Aus polnischen, tschechischen und slowakischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2002

Kai-Olaf Lang

Die Nachwirkungen des 11. September sind in der außen- und sicherheitspolitischen Diskussion in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei immer noch präsent. Reflektiert werden einerseits grundlegende Konsequenzen für die globale und europäische Sicherheit, aber auch Implikationen für die nationalen Sicherheits- und Verteidigungssysteme bzw. deren Reform. Nicht zu übersehen sind Besorgnisse über die künftige Entwicklung der NATO: darüber, daß die NATO zu rasch eine neue Identität annehmen könnte, sich zu stark »politisieren« und sich zu eng mit Rußland einlassen könnte; und darüber, daß man in der Allianz neuerlich an den Rand gedrängt werden könnte. Nachgedacht wird auch über die weitere Entwicklung der transatlantischen Beziehungen. Beim Problemkomplex europäische Integration wird deutlich, daß in den Kandidatenländern mit zunehmender Intensität »Nachbeitrittsthemen« diskutiert werden. Ob es sich um umfassende Fragen wie die Zukunft der EU handelt oder um Teilaspekte wie die Debatte um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Der 11. September 2001 hat weitreichende Folgen für die internationale Situation. Für **Roman Kuźniar**, den Leiter des Planungsstabs im polnischen Außenministerium, stehen drei Tendenzen im Vordergrund, die er in *Sprawy Międzynarodowe* darstellt:

- eine wachsende Rolle der Großmächte bei der Organisierung und Stabilisierung der internationalen Ordnung, einschließlich einer wachsenden Neigung zu Unilateralismus und einer »Fetischisierung militärischer Stärke«;
- eine zunehmende Marginalisierung der Vereinten Nationen (VN), die die Frage aufwirft, »ob wir in Anbetracht der Irrelevanz der VN nicht einer Fragmentierung des [einzigen] universalen Systems gegenüberstehen, vor allem in der Sphäre der internationalen Sicherheit«;
- die Verbindung negativer Folgewirkungen der Globalisierung mit der internationalen Sicherheit: Wenn es nicht gelingt, den Prozeß der Globalisierung mit dem Abbau von Ungleichheit, der Schaffung von Wohlstand und der Uni-

versalisierung von Menschenrechten zu koppeln und dabei kulturelle Unterschiede zu respektieren, wird »die westliche Welt (vor allem die USA und die NATO) gezwungen sein, permanent Gewalt gegen weniger Entwickelte anzuwenden. ›Neue Bedrohungen‹ werden kein Ende nehmen.«

In einer sich nach dem 11. September »globalisierenden NATO« und immer noch »lokalen EU« ergeben sich für Polen demnach mehrere Neuerungen. Positiv einzuschätzen ist die Hinwendung Rußlands zum Westen, wenn auch nach deren Preis gefragt werden sollte. Besteht er etwa in der Umgestaltung der NATO in eine »verstärkte OSZE« oder eine »Plattform für *coalitions of the willing* mit einem neuen euroatlantischen ›Sicherheitsrat‹, in dem für die Stimme der kleinen und mittleren Staaten kein Platz mehr sein wird«? Bedenklich sind auch unübersehbare Tendenzen im östlichen Teil Europas: die Ukraine wird marginalisiert, Belarus zunehmend isoliert, und die Zusammenarbeit zwischen den ostmitteleuropäischen Ländern lockert sich.

Mit den Folgen der Terroranschläge vom 11. September befaßt sich auch **Stanisław Koziej** in einem Beitrag für die Zeitschrift *Polska w Europie*. Für den General und ehemaligen Abteilungsleiter im polnischen Verteidigungsministerium kommt der NATO bei der Ausarbeitung einer umfassenden präventiven Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus eine zentrale Rolle zu. Nur sie zeigte sich bislang entschlossen, auf die neuen Bedrohungen zu reagieren. Doch selbst für die »stärkste, effizienteste und operativste internationale Sicherheits- und Verteidigungsstruktur« bedeutet der Kampf gegen den Terrorismus eine große Herausforderung.

Der 11. September zeigte, wie verschwommen die Grenzen zwischen militärischen und nichtmilitärischen Faktoren, aber auch zwischen äußeren und inneren Determinanten der Sicherheit sind. Deswegen dürfen auch die Formen der Reaktion auf die neuen Bedrohungen nicht mehr segmentiert bleiben. Sie sollen jeweils nicht ausschließlich militärisch, diplomatisch, ökonomisch oder humanitär sein, sondern sind in integrierten zivil-militärischen »Kampagnen« zusammenzufassen.

Der Autor fragt vor diesem Hintergrund, ob die NATO nicht auch nichtmilitärische Ressourcen, Strukturen und Aktionsmöglichkeiten haben sollte; ob etwa neben oder in den militärischen Kommandos nichtmilitärische Stäbe oder Führungsstrukturen etabliert werden sollten. Endziel der bereits seit einem Jahrzehnt voranschreitenden Anpassungsprozesse des Bündnisses sollte es sein, solche integrierten Fähigkeiten zu besitzen. »Hierfür ist – dem Modell der Defence Capabilities Initiative (DCI) folgend – eine neue Initiative hinsichtlich der Fähigkeiten der Allianz im Bereich der Sicherheit notwendig (Security Capabilites Initiative, SCI).«

Handlungsbedarf besteht auch bei der Verteidigungsplanung. Die NATO-Planung solle sich weniger als bisher auf quantitative Parameter fokussieren, sondern sich getreu der amerikanischen Devise statt nach potentiellen Bedrohungen nach eventuell notwendigen Fähigkeiten richten.

Überdacht werden muß auch das Verhältnis von Maßnahmen zum Schutz von Territorium, Bevölkerung und Ressourcen des eigenen Staates einerseits und Maßnahmen zur Gewährleistung von Expeditions- und Interventionsfähigkeit andererseits. Die Diskussion über die Einsätze jenseits des Bündnisgebiets müsse durch eine Debatte über die Folgen asymmetrischer Kriegführung für die Landesverteidigung ergänzt werden. In Polen sei denn auch mit einer Neubelebung der Auseinandersetzung über die Rolle der Territorialverteidigung und der Verteidigungsstrategie zu rechnen.

Und schließlich die »Reinterpretation des Artikels 5« unter den neuen strategischen Bedingungen. Er kam zur Anwendung in der am wenigsten wahrscheinlichen Situation – bei der Verteidigung des stärksten Verbündeten auf dem amerikanischen Kontinent. Überraschenderweise verfügten nicht die Kommandostrukturen der Allianz über die ihnen zugeteilten

nationalen Ressourcen, sondern ein nationales Kommando nutzte Bündnisressourcen (AWACS). Statt »alliierter Verteidigungsoperationen auf dem eigenen Territorium« kam es zu »Offensivoperationen einer ›Ad-hoc-Koalition‹ außerhalb des NATO-Gebiets.«

Der Präzedenzfall vom September habe gezeigt, daß die NATO die Mechanismen, die Artikel 5 zur Verfügung stellt, zur Durchführung von Operationen mit dem Ziel der »Verteidigung eigener Interessen« verwenden kann. Heißt dies nun, daß der Begriff »Expeditions-Verteidigung« auftauchen wird?

Und außerdem: Es wurde sichtbar, daß Krisenoperationen durch Kommandostrukturen (darunter auch nationale Kommandos) geleitet werden, die je nach Bedarf errichtet werden können. Dies bedeutet unter anderem, daß nationale Krisenreaktionssysteme immer wichtiger werden. Für Polen ergibt sich die Notwendigkeit, ein solches System schnellstmöglich zu schaffen. Zu bilden sei beispielsweise ein »integrierter Landeskrisenstab« oder ein »Staatsverteidigungsstab« sowie ein »Integriertes Operationskommando«.

Risiken einer neuen NATO

Der frühere polnische Verteidigungsminister **Janusz Onyszkiewicz** und der sicherheitspolitische Analytiker **Olaf Osica**, beide vom Warschauer Zentrum für Internationale Beziehungen (CSM), haben sich in den vergangenen Monaten mehrmals und zum Teil gemeinsam zu Wort gemeldet und dabei – im polnischen Kontext – gelegentlich unkonventionelle Ansichten geäußert.

Bereits zu Beginn des Jahres hatte Olaf Osica – ganz im Gegensatz zum polnischen Mainstream und nicht zuletzt zur Haltung fast aller Warschauer Politiker – die Konsequenzen einer großen Erweiterungsrunde skeptisch beurteilt. Die Erweiterung der NATO, so Osica, verschiebt deren Evolution in Richtung einer »breiten Koalition von Staaten«, die vornehmlich auf der »politischen Zusammenarbeit im Namen gemeinsamer Werte« basiert. Keines der Neumitglieder wird nennenswerte militärische Fähigkeiten mitbringen, durch ihre Aufnahme werden sowohl Konsensfindung als auch die Durchführung gemeinsamer Operationen erschwert. Dies bedeutet aber nicht, daß aus der NATO eine »zweite OSZE« wird. Wahrscheinlicher sei vielmehr die Herausbildung eines tonangebenden »harten Rückgrats« der Allianz, bestehend aus den USA, den drei großen Europäern Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie vielleicht in naher Zukunft Rußland.

Die graduelle Umgestaltung der NATO und damit auch die Entstehung eines solchen harten Kerns ist für Polen problematisch, dem es nicht zuletzt darum gehen muß, mit der »Spitzengruppe« der Allianz in Kontakt zu bleiben. Daher liegt ein Big Bang bei der NATO-Erweiterung nicht im Interesse Polens: »Dies wäre das wirkliche ›Begräbnis‹ der gegenwärtigen NATO«.

Zusammen mit Janusz Onyszkiewicz formuliert Olaf Osica unter dem Titel »Die neue NATO« nochmals explizit, worum es Polen gehen sollte: »Aus polnischer Sicht sind politische Kohäsion und militärische Effizienz der NATO die wichtigsten Werte«. Nach Ansicht der Autoren sind allerdings die Möglichkeiten Polens begrenzt, Einfluß auf die Prozesse im Bündnis zu nehmen.

Was kann Polen tun, um dennoch auf Tuchfühlung mit den Großen zu bleiben? Was kann es tun, um einer »Renationalisierung der Verteidigungspolitiken der Mitgliedstaaten des Bündnisses« entgegenzuwirken, die auch dazu führen würde, daß Bedrohungen für die Sicherheit Polens nicht notwendig als gemeinsame Bedrohungen der Allianz betrachtet werden?

Zum einen seine Streitkräfte reformieren, und zwar in erster Linie mit dem Ziel, die Fähigkeit zur Teilnahme an Operationen außerhalb des Bündnisgebiets zu verbessern. Überdies die Position in der Region ausbauen (das heißt Polens Ostpolitik vertiefen), um langfristig »politischer Patron« seiner östlichen Nachbarn in

der NATO zu werden. Und schließlich sich in multinationalen Projekten in der Rüstungsindustrie sowie bei der Integration von Kommandostrukturen oder militärischen Einheiten engagieren. Onyszkiewicz und Osica schlagen zum Beispiel vor, in Polen ein Kombiniertes Zentrum für Luftoperationen (CAOC) anzusiedeln.

Aussichten der transatlantischen Beziehungen

Als Folge des 11. Septembers gewannen die Debatten über die Beziehungen zwischen Amerika und Europa zusätzlich an Intensität. Altbekannte Dauerthemen erlangten stärkere Brisanz, neue Themen sorgten für Friktionen. Driften die beiden Kontinente voneinander weg oder werden sie ihre gemeinsamen Fundamente neu abstecken und stabilisieren?

Skeptisch äußert sich **Ivo Samson**, Experte für Sicherheitspolitik bei der Slowakischen Gesellschaft für Außenpolitik, zu der Frage, ob der internationale Terrorismus bzw. seine Bekämpfung »Euroamerika« spalten wird.

Nachdem Europa einmütig die Angriffe auf die USA verurteilt hatte, es zum »Anruf« (invokácia) von Artikel 5 des Nordatlantikvertrages gekommen war und man auf dem Alten Kontinent die militärische Vergeltungsaktion Amerikas unterstützt hatte, traten Differenzen hinsichtlich der »Nachhaltigkeit« des Kampfes gegen den Terrorismus zutage: Europa zeigt keinerlei Neigung, sich am begonnenen Feldzug aktiv an der Seite der Amerikaner zu beteiligen. »Europa fehlen hierzu nicht nur die Verteidigungskapazitäten, ihm fehlt auch der Mut.«

Die Zurückhaltung der Europäer kann nicht überraschen. Nach Raketenabwehr und der Diskussion um die Autonomisierung der europäischen Verteidigung markiert der Terrorismus bereits den dritten bedeutenden Dissens zwischen Amerika und Europa. »Für das Funktionieren der Demokratie wichtige Details« (Menschenrechte, Todesstrafe) sowie Europas Versäumnisse bei der Aufstockung und Modernisierung seiner militärischen Kapazitäten sorgen für zusätzliche Diskrepanzen.

Samson plädiert angesichts dessen für ein klares europäisches Engagement in Amerikas Kampf gegen den Terrorismus. Denn während (National) Missile Defense und die »Dichotomie zwischen European Security and Defence Identity (ESDI) und Common European Security and Defence Policy (CESDP)« die Beziehungen zwischen Europa und Amerika lediglich komplizierten, sei ein grundlegender Wandel zum Schlechteren zu erwarten, wenn Europa sich weigern sollte, Amerika mit seinem vollen politischen und wirtschaftlichen Potential zu unterstützen.

Weniger pessimistisch ist der oben schon vorgestellte **Roman Kuźniar**. Er geht davon aus, daß die transatlantischen Beziehungen dank wechselseitiger ökonomischer und militärischer Abhängigkeiten auf einem so soliden Fundament ruhen, daß sie die gegenwärtigen Gewitterstürme überstehen werden. Für ihn steht die Frage im Vordergrund, ob die Europäische Union in Anbetracht eines anhaltenden amerikanischen Unilateralismus und grundlegender Veränderungen der internationalen Ordnung ein vollwertiger Akteur der internationalen Politik werden kann.

Daß eine solche Weiterentwicklung der Union wünschenswert ist, daran, so Kuźniar, besteht kein Zweifel. Denn sowohl die Evolution der internationalen Ordnung als auch die Interessen des Kontinents erfordern, daß Europa »zur Unabhängigkeit emporsteigt«. Warum aber sollte die EU eine weltpolitische Rolle spielen? Um Sicherheit und Stabilität auf dem Gebiet der Union und in ihrer unmittelbaren Umgebung zu bewahren. Um den Mitgliedstaaten günstige Bedingungen für ihre wirtschaftliche und zivilisatorische Entwicklung zu sichern. Und um an der Gestaltung der globalen Ordnung teilzuhaben.

Europa sollte daher an allen Schlüsselstellen des internationalen Gefüges mitwirken, eine Politik »à tous azimuts«

realisieren, soweit sein Potential dies erlaubt. Hierbei stehen drei Adressaten im Vordergrund:

- *die USA*, mit denen Europa als Verbündeter enge Beziehungen pflegen sollte; es sollte aber »gleichzeitig amerikanische Versuche torpedieren, Westeuropa in die Rolle des Vasallen zu drängen«;
- *Nordafrika und Nahost*, also die Mittelmeerregion, wo sich die Union mit anderen Zivilisationen trifft und von wo strategisch bedeutsame Rohstoffe zum Alten Kontinent gelangen. Der Nahe Osten wird ohnehin die Region sein, in der die europäischen Streitkräfte ihre (friedliche) Feuertaufe bestehen werden;
- *Osteuropa*, also Rußland und jene Länder, die einstweilen nicht in die Union aufgenommen werden, einschließlich der Kaspischen Region. Eine Region mit immensen wirtschaftlichen Reserven, aber auch mit Konfliktpotential. Gegenüber Rußland sollte man sich nicht scheuen, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit anzumahnen, schließlich ist es vor allem Rußland, das Europa braucht. »Denn nicht wegen des Antiterrorbündnisses mit den USA, sondern eben ›durch Europa‹ kann Rußland ein Teil des Westens werden.«

Trotz einer Vielzahl von Unzulänglichkeiten – von mangelnden Mechanismen zur Schaffung einer gemeinsamen Außenpolitik über Legitimationsdefizite bis zum Fehlen einer europäischen Gesellschaft bzw. Nation zur Mandatierung einer effektiven Außenpolitik – bleibt aber zu bedenken, daß die internationale Identität der Union nur durch die Annahme konkreter Herausforderungen geschaffen werden kann. Erst wenn diese angenommen werden, kann Europa in die Rolle eines »internationalen Akteurs« aufsteigen.

Weniger »europäisch« gefärbt sind die Ausführungen des in Polen nach wie vor überaus populären **Zbigniew Brzeziński** in der Militärzeitschrift *Polska Zbrojna*. Um sich »vorteilhaft in den neuen geostrategischen Realitäten zu verwurzeln«, solle Polen sich tunlichst nicht in Unterfangen engagieren, die auf die Schaffung einer autonomen europäischen Militärstruktur abzielen. Denn »man kann vorhersehen, daß derartige Versuche ohnehin keine nennenswerten Resultate hervorbringen. Allerdings können sie dazu beitragen, die amerikanisch-europäischen Bindungen zu lockern.« Demgegenüber liegt es im Interesse Polens, Europas Beteiligung an »breiteren Aktivitäten« der NATO in Regionen von beiderseitigem (europäischem und amerikanischem) strategischem Interesse zu stärken, etwa im Nahen Osten oder im Kaukasus.

Zum anderen soll Polen eine größere Eliteeinheit auf die Beine stellen, die in Technik, Offiziers- und Unteroffizierskorps zur vollständig interoperablen militärischen Kooperation mit größeren amerikanischen Einheiten fähig ist. Die Bildung einer solchen Formation kann das Interesse Amerikas an technologischer Modernisierung und stärkerer Einbindung in reguläre amerikanische Manöver erhöhen. Damit eröffnete sich für Polen die Möglichkeit, direkt an militärischen Aktionen der USA auch außerhalb der NATO teilzunehmen, was gleichzeitig »die integrale Bindung der strategischen Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Polen stimulieren würde«.

Man sollte in nächster Zeit ein Auge darauf haben, ob und wie man an der Weichsel auf solche Empfehlungen reagiert. Brzezińskis Vorschläge und die Avancen, die dem polnischen Präsidenten bei seinem Staatsbesuch in den USA im Juli gemacht wurden, belegen jedenfalls, daß man in Washington derzeit wieder sehr stark auf den polnischen Partner setzen möchte.

Gedanken zur ESVP

Auf die Lancierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (ESVP) reagierte man in manchen Ländern des östlichen Mitteleuropa zunächst mit Zurückhaltung. An die Stelle von Zweifeln und Vorbehalten ist inzwischen Aufgeschlossenheit und vorsichtiger

Optimismus getreten. Insgesamt aber scheint das Interesse für dieses europäische Projekt in der Region noch immer nicht sonderlich groß zu sein.

Radek Khol vom Prager Institut für Internationale Beziehungen (ÚMV) stellt denn auch fest, daß sich die Diskussion in der Tschechischen Republik bisher vornehmlich auf zwei Aspekte beschränkte: Einerseits wurde über Sinn und Zweck der ESVP sowie über deren Konsequenzen für die Beziehungen zwischen Europa und Amerika reflektiert, andererseits konzentrierte man sich auf die institutionelle Stellung der Tschechischen Republik in Verbindung mit ihrem Status als NATO-Mitglied und EU-Kandidat. Beide Themenkomplexe sind indes weitgehend ausdiskutiert. An der Notwendigkeit der ESVP zweifelt kaum noch jemand, die Frage der Einbindung der Tschechischen Republik in die Mechanismen der ESVP wird mit dem EU-Beitritt geregelt.

Khol votiert deswegen dafür, daß man in der Tschechischen Republik beginnen sollte, über die grundlegenden Fragen der europäischen Sicherheit zu sprechen. Dies würde das Land in die Lage versetzen, die eigenen Interessen in den wichtigen Diskussionen in der EU zur Geltung zu bringen.

Der Autor identifiziert drei großen Themenkomplexe mit unterschiedlichen Zeithorizonten.

- In die fernere Zukunft weisen Debatten über die »Festlegung der politischen Ziele sicherheitspolitischer und militärischer Aktivitäten der EU«.
- Ein weiterer Typ von Fragen richtet sich auf die mittelfristigen Konsequenzen eines raschen Aufbaus von Institutionen und Instrumenten der ESVP einschließlich der Auswirkungen auf das Funktionieren der EU, insbesondere der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Hier geht es um Ressourcen und Fähigkeiten, um die Haltung der Öffentlichkeit(en) zur neuen Politik, um Entscheidungsmechanismen sowie um die Kohärenz des europäischen Auftretens gegenüber der Außenwelt.
- Kurzfristig geht es um die Probleme, welche eine reibungslose Weiterentwicklung der ESVP hemmen, vornehmlich also die Regelung der Kooperation zwischen NATO und EU.

Zu allen Problemen sollte sich die Tschechische Republik positionieren. In den Grundsatzfragen muß sich das Land entscheiden, ob es das gegenüber Amerika »wahrscheinlich andere politisch-militärische Vorgehen der EU« favorisiert. Mittelfristig sollten kleinere und mittlere Staaten wie die Tschechische Republik allein aus Kostengründen verteidigungs- und rüstungspolitisch enger kooperieren. Einer der Vorschläge Khols ist der gemeinsame Kauf eines Transportflugzeugs durch die Visegrad-Staaten. Wünschenswert ist auch eine öffentliche Diskussion über die ESVP und deren Folgen. Denn noch ist nicht klar, welche Art von Unternehmungen der EU für tschechische Politik und Gesellschaft akzeptabel sein werden oder wo sich die tschechische Öffentlichkeit in der entstehenden strategischen Kultur Europas plazieren wird. Ebenso wichtig wird es sein, eine Haltung zur Weiterentwicklung der äußeren Dimension der europäischen Politik einzunehmen. Wird man eher an einer Aufrechterhaltung intergouvernementaler Mechanismen im zweiten Pfeiler interessiert sein oder die Gemeinschaftsmethode präferieren?

Khols Resümee ist eindeutig: Die tschechische ESVP-Diskussion reagiert vor allem auf »Probleme von gestern«. Nur wenn sie sich den aktuellen Grundfragen zuwendet, werden die tschechischen Ansichten auf europäischer Ebene Gehör finden. Khols Appell ist deswegen wertvoll, weil er sich mit gleichem Tenor an alle anderen Länder der Region wenden könnte.

Die Zukunft Europas

In den Ländern Ostmitteleuropas – noch Kandidaten, aber bald Mitglieder der EU – setzt allmählich ein Nachdenken über die Post-Erweiterungs-Agenda ein. Zentraler

Gegenstand der Reflexion ist die künftige Form der Europäischen Union.

Vladimír Bilčík von der Slowakischen Gesellschaft für Außenpolitik zeichnet die slowakischen Diskussionen über die Zukunft der EU innerhalb und außerhalb des Nationalen Konvents nach und macht sich Gedanken über deren Perspektiven. Prinzipiell stellt Bilčík fest, daß die Diskussion in der Slowakei im Vergleich zu jenen in anderen Beitrittsstaaten nur unzureichend entwickelt sei. Und das trotz eines zügig institutionalisierten Nationalen Konvents über die Zukunft der EU. Die Slowakei mußte sich, da sie erst verspätet in den Beitrittsprozeß aufgenommen wurde, zunächst auf die Verhandlungen konzentrieren. Überdies sind die außen- und europapolitischen Stellungnahmen der wichtigsten politischen Kräfte wenig detailliert. Das Land, so Bilčík, leidet an einem Mangel an europapolitischen Konzepten und an außenpolitischer Expertise. Allein das Außenministerium besäße die nötige Kompetenz, »umfassende und gut begründete Alternativvorschläge für die Zukunft der EU« zu entwickeln. Alternativen, die bislang fehlen.

Läßt sich eine vorherrschende Richtung in der vagen Europa-Diskussion ausmachen? Bilčík sieht »einige Präferenzen für die Gemeinschaftsprinzipien und positive Haltungen gegenüber der politischen Integration«. Zu wenig, um von einer »Vision« der weiteren Entwicklung der EU und von einer ausgereiften Position des kleinen, wirtschaftlich schwachen mitteleuropäischen Staates sprechen zu können.

Lebhafter als in der Slowakei verläuft die Debatte in der Tschechischen Republik. Das, so **Lucie Königová** vom Prager Institut für Internationale Beziehungen, sei nicht zuletzt Verdienst von Václav Klaus, der – von der Warte eines abgrundtiefen Euroskeptikers – dieses Thema aus innenpolitischen Gründen im Gespräch halte. Es ist jedoch weniger der so oft in Mitgliedstaaten angesprochene *governance*-Aspekt europäischer Politik als vielmehr die institutionelle Umformung, welche im Mittelpunkt der tschechischen Auseinandersetzungen steht.

Eine Analyse der Vorstellungen der wichtigsten politischen Akteure führt zu der Erkenntnis, daß es keinen gemeinsamen tschechischen Standpunkt gibt. Während die Regierungseliten alles in allem ein weiteres Vorantreiben der Integration befürworten, liegen die Positionen der politischen Parteien weit auseinander – zwischen der »Europa-realistischen« Bürgerlich-Demokratischen Partei (ODS) einerseits und den traditionell proeuropäischen Sozialdemokraten und Christdemokraten andererseits. Daher ließe sich vermuten, daß es tschechischen Vertretern leichter fallen wird, sich in die Positionsbestimmungen nahestehender europäischer Parteien einzureihen. Kommen nationale Positionen zustande, dürfte sich der gemeinsame Nenner als recht klein erweisen. Allein eine Stärkung der nationalen Parlamente sowie die unbedingte Gleichbehandlung alter und neuer Mitglieder wird ungeteilte Unterstützung finden.

Besprochene Aufsätze

Bilčík, Vladimír, Slovakia and the Discussion on the Future of the European Union, in: Slovak Foreign Policy Affairs, 3 (Frühjahr 2002) 1, S. 14–31

Brzeziński, Zbigniew, Myśli o obronności Polski [Gedanken zur Verteidigungsfähigkeit Polens], in: Polska Zbrojna, (26.5.2002) 21, S. 3–4

Khol, Radek, Bílá místa v české diskuzi o evropské bezpečnosti [Weiße Flecken in der tschechischen Diskussion über die europäische Sicherheit], in: Mezinárodní vztahy, (2002) 2, S. 67–80

Königová, Lucie, An Ever Closer Finalité – Czech Future of Europe Discourse, in: Slovak Foreign Policy Affairs, 3 (Frühjahr 2002) 1, S. 32–47

Koziej, Stanisław, Powrześniowe wyzwania w dziedzinie bezpieczeństwa [Herausforderungen auf dem Feld der Sicherheit nach dem September], in: Polska w Europie, 1 (März 2002) 39, http://195.205.45.26/cgi-bin/pxx/sas.cgi?nr.poz=3902&f=QUERY

Kuźniar, Roman, Czy Europa może wybić się na niepodległość? [Kann Europa zur Unabhängigkeit emporsteigen?], in: Tygodnik Powszechny, (14.7.2002) 28, S. 6

Kuźniar, Roman, 11 września – interpretacje i implikacje [Der 11. September – Interpretationen und Implikationen], in: Sprawy Międzynarodowe, (2002) 1, S. 5–32

Onyszkiewicz, Janusz/Osica, Olaf, Nowe NATO [Die neue NATO], in: Polska Zbrojna, (2002) 23, S. 3–4

Onyszkiewicz, Janusz/Osica, Olaf, W stronę Nowego NATO [In Richtung auf eine neue NATO], Warschau: Centrum Stosunków Międzynarodowych, 2002 (Raporty i Analizy 3/2002)

Osica, Olaf, Twardy rdzeń NATO [Das feste Rückgrat der NATO], in: Rzeczpospolita, 9.1.2002

Samson, Ivo, Rozdelí terorizmus Euroameriku? [Spaltet der Terrorismus Euroamerika?], in: Listy SFPA, (März–April 2002), http://www.sfpa.sk/pages/common/archiv/listy_nove/listy.php?no=0202&it=9

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2002
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org